



Nr. 6.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

93. Jahrgang.

Erscheinungsweise: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Im Oberamtsbezirk Calw für die einseitige Seite 12 Pfg., außerhalb desselben 15 Pfg., Reklamen 30 und 35 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Fernsprecher 9.

Dienstag, den 8. Januar 1918.

Bezugspreis: In der Stadt mit Frägerlohn Mt. 1.95 vierteljährlich, Postbezugspreis im Orts- und Hochparatortverkehr Mt. 1.85, im Fernverkehr Mt. 1.95, Bestellschein in Württemberg 30 Pfg.

# Fortsetzung der Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Nach Lloyd George's Rede.

## Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Die Erklärung des englischen Ministerpräsidenten gegenüber den englischen Gewerkschaften hat, wie wir schon gestern sagten, eine klare Situation geschaffen. Das kommt auch heute sowohl in den Kommentaren der Vierbündler als auch der Ententepresse zum Ausdruck. Auf unserer Seite wird durchweg betont, daß solche unverschämten Forderungen nur von einem Sieger gestellt werden könnten, und von diesem Ziel ist Lloyd George noch sehr weit entfernt, und wir dürfen zuversichtlich hoffen, daß er es nie erreichen wird. Daß Lloyd George seine großen Töne mit Zustimmung der Entente gehalten hat, das geht aus dem Echo vom feindlichen Lager her unzweifelhaft hervor. Die Franzosen sind natürlich damit einverstanden, daß England mit ihnen bis zum Untergang um Elb-Positoren kämpfen wolle. Sie bedenken dabei aber nicht, daß das eine belanglose Redensart werden kann, wenn England seine Kriegsziele auf andere Weise zu erreichen die Möglichkeit hat. Heute kann Lloyd George gar nichts anderes sagen, wenn er nicht sofort die französischen Landsknechte verlieren will. Ist morgen aber die Situation anders, so läßt man einfach Herrn Lloyd George fallen, und die englische Nation kann auch anders. In Italien ist man natürlich ebenso erfreut über Lloyd George's „männliche“ Rede. Hat er doch die „berechtigten“ italienischen Ansprüche auf die österreichischen Grenzländer anerkannt, und so werden seine Ausführungen als Ergänzung zu den Erklärungen Orlando's und Wilson's bezeichnet. Sie werden als wohlüberlegte Antwort auf die plumbe Falle Berlins angesehen. Die Rede zeige, daß den Alliierten jede nationale Vergewaltigung fernliege. Ueber die Anschuldigung in England berichtet Reuter, daß die Blätter die Erklärung als willkommene, deutliche und endgültige Erklärung über die Mindestforderungen Großbritanniens warm begrüßen. Zugleich macht Reuter aber auch darauf aufmerksam, daß diese Kriegsziele des Premierministers Bedingungen eines Siegers seien, und daß die Alliierten, um ihr Ziel zu erreichen, erst die härtesten Monate und die empfindlichsten Bemühungen des Krieges zu überwinden haben werden. Von Amerika weiß Reuter zu melden, daß die britischen Kriegsziele über dem Ozean allgemein Zustimmung finden; das heißt Wilson dann einen demokratischen Frieden.

Nach Westen ist unser Weg also klar, um mit dem deutschen Reichskanzler zu sprechen. Wir werden den Reichsfinanzminister in London, Paris und Rom, die schon ein Jahr lang einen Frieden der Vernunft verhindert haben und die sich nicht scheuen, neue unersehbliche Blutopfer von ihren Völkern zur Befriedigung ihrer Selbstsucht zu fordern, nochmals zeigen müssen, daß alle ihre Hoffnungen vergebens sind, ja daß ihre Aussichten auf einen ihnen genehmen Frieden von Tag zu Tag sich verschlechtern werden. Nicht nur, daß wir mit der Zeit im Westen eine ebenbürtige Macht erlangen dürfen, auch der Unterseebootskrieg, der im Dezember wieder auffallend gute Erfolge erzielte, wird sein Menelekel in den europäischen Ententeländern täglich deutlicher schreiben.

Inzwischen nehmen die Verhandlungen in Brest-Litowsk ihren Fortgang, nachdem der Zwischenfall, über dessen Ursachen und Bedeutung man sich eigentlich nicht recht klar geworden ist, anscheinend beigelegt worden ist. Die russische Abordnung mit dem Minister des Äußern, Trotsky, an der Spitze, ist am Verhandlungsort angekommen. Die Russen besetzen anscheinend immer noch auf Verlegung des Verhandlungsorts nach einem neutralen Staat, und begründen ihren Vorschlag damit, daß die Verlegung dem erreichten Stand der Verhandlungen entspreche. Wie sich die Vierbündler endgültig zu dem Vorschlag

stellen werden, wird wohl bald erfahren. Der Zwischenfall hat übrigens wieder einmal im Innern bei uns eine unerquickliche Situation ausgelöst, indem die extremen Parteien von rechts und links aus dem Fall die sensationellsten Schlüsse zogen. Mit Recht weist gegenüber dieser Disziplinlosigkeit gewisser Zeitungen die „Nordb. Allg. Ztg.“ darauf hin, daß eine Friedensverhandlung nach einem 3 1/2-jährigen Krieg nicht in den Formen eines Kaffeeklatsches sich abspielen könne, und daß diesem Zwischenfall mancher andere folgen werde. In solchen Lagen aber gehört es dazu, daß das deutsche Volk geschlossen hinter seiner Regierung steht, und daß dieser nicht noch von rechts und links Schwierigkeiten bereitet werden. Aus dem Zwischenfall hat man den Schluß gezogen, daß der deutsche Staatssekretär des Auswärtigen v. Kühlmann, nicht der richtige Unterhändler sei, und es wird gemeldet, vom Reichstag aus sei dies dem Reichskanzler auch mitgeteilt worden. In gewissen Kreisen besteht ja von Anfang an gegen die Person Kühlmanns Abneigung, weil man ihn für einen Kosmopoliten hält, der nicht in der Lage sei, die deutschen Interessen zu vertreten. Nach dem, was über die Verhandlungen an die Öffentlichkeit gekommen ist, scheinen uns diese Beschuldigungen nicht gerechtfertigt. Man muß bedenken, daß die russischen Unterhändler ein Novum in der Spezies Diplomaten darstellen, und unsere Unterhändler müssen da andere geistige und materielle Waffen benötigen, als sie bei der internationalen Berufsdiplomatie bisher üblich waren. Die Hauptsache ist doch, man kommt zum Ziele, auf welchem Wege. Das steht erst in zweiter Linie. Und daß unsere Unterhändler nicht zu allem ja sagen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Russen strotzen werden, das haben wir ja sehen können. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ sagt zum deutschen Standpunkt, wenn wir der russischen Regierung heute gesagt haben, bis hierher und nicht weiter, so bedeutet das, daß wir auch ein Mindestprogramm und Mindestkriegsziel haben. Wir besitzen uns, daß wir in diesem Handel zu mindest nicht die Schwächeren sind, die zu allem Ja und Amen sagen müssen. Wohl wird auf unser Schwert und unsere Macht hingewiesen, aber wir betonen auch die lokale Gewinnung dem Gegner gegenüber. Und man sollte meinen, auf dieser Grundlage wäre eine Weiterverhandlung möglich. O. S.

## Die Mainer in Brest-Litowsk.

(M.B.) Berlin, 8. Jan. Wie wir erfahren, werden in Brest-Litowsk aus der Ukraine noch weitere Delegierte und Hilfskräfte erwartet. Als Führer der Delegation wird der Minister für Handel und Industrie, Golubowitsch, eintreffen.

## Die Rigaer Kaufmannskammer für den Anschluß Kurlands an Deutschland.

(M.B.) Königsberg, 7. Jan. Die Rigaer Kaufmannskammer, die Vertretung der Wirtschaftsinteressen der Detailkaufmannschaft, Großhändler und Agenten Rigas, hat dem Vorsteheramt der Königsberger Kaufmannschaft Kenntnis von ihrem Programm gegeben, worin es heißt: Nach reichlicher Ueberlegung ist die allgemeine Versammlung der Mitglieder der Rigaer Kaufmannskammer der festen Ueberzeugung, daß alle unvergänglichen hohen Güter, die jeder ehrbare Kaufmann höher einschätzt, als Wohlleben und leichten Verdienst, hier nur werden können, wenn ihr altes Vaterland, das Baltikum, eng angegliedert ist an das große mächtige Deutsche Reich, wenn es sich unter dem Schutz und Schirm des Deutschen Kaisers begibt. Freudig bewegten Herzens und ohne Vorbehalt wird daher die heutige Versammlung der in der Rigaer Kaufmannskammer vereinigten Rigaer Kaufmannschaft sich für eine Angliederung an Deutschland einsetzen.

## Eine Höchstleistung der „Unabhängigen“.

Berlin, 7. Jan. Die „Soz. Korresp.“ teilt folgendes mit: „Während militärische Vertreter Deutschlands in Brest-Litowsk die Vorbedingung des Friedens in Waffenstillstandsverhandlungen zu schaffen suchten und die deutsche Regierung sich bereit erklärte, auf der Grundlage der Vorschläge der russischen Arbeiter- und Soldatenräte in Friedensverhandlungen einzutreten, konnte die deutsche unabhängige Sozialdemokratie keine größere Sorge als die, wie der Friede mit Rußland vereitelt werden könnte. Wir erhalten darüber aus vollkommen unanfechtbarer Quelle aus Stockholm unzweifelhaft genaue Mitteilungen, denen wir für heute folgendes entnehmen: „In den Tagen vor Weihnachten erhielten die Bolschewiki von Führern der deutschen unabhängigen Sozialdemokratie die dringende Mahnung, die Friedensverhandlungen zu verschleppen, weil die Entwicklung in Deutschland sich in ihrem, d. h. im revolutionären Sinne vollziehe. Der Abschluß eines Separatfriedens zwischen Deutschland und Rußland wäre verwerflich, weil er die erwünschte Entwicklung in Deutschland beeinträchtigen und seine herrschenden Schichten stärken würde.“

## Die wirtschaftlichen Verhandlungen mit Rußland.

(M.B.) Berlin, 7. Jan. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags führte Direktor im Auswärtigen Amt, Dr. Johannes aus: Die wirtschaftlichen Verhandlungen in Brest-Litowsk haben bisher naturgemäß keinen breiten Raum einnehmen können. Es wurden bloß vorläufige Vereinbarungen erzielt, die noch nicht erfüllt sind und jederzeit ergänzt werden können. An erster Stelle richten sich die deutschen Bemühungen darauf, daß einwandfrei festgestellt wird, daß der Wirtschaftskrieg zwischen den beiden Ländern sein Ende finden muß und daß von einer Verwirklichung der Idee der Pariser Konferenz zwischen Deutschland und Rußland in Zukunft nicht die Rede sein kann. In dieser Hinsicht wurde sehr bald volles Einverständnis erzielt. Nachdem dieser Punkt erledigt war, kam die Frage der Erneuerung des Handelsvertrages zur Erörterung. Natürlich lag es den deutschen Delegierten außerordentlich am Herzen, in diesem Sinn eine bindende Zusicherung von russischer Seite zu bekommen. Leider haben wir bisher einen solchen Erfolg noch nicht erzielt. Es ist ja bereits hervorzuheben worden, daß auf russischer Seite ein tief eingewurzelter Vorurteil gegen den Handelsvertrag von 1894 und 1904 besteht. Wir sind in Deutschland der Ansicht, daß Rußland mit dem Handelsvertrag ein schlechtes Geschäft gemacht hätte, und dies den russischen Herren klar zu machen, ist schwer. Bisher ist es nicht gelungen, die russischen Vertreter auch nur zu einer kurzfristigen Verlängerung des Handelsvertrages zu bestimmen. Es trat auch bei den Vertretern der russischen Regierung dieses Vorurteil und die Abneigung gegen den Handelsvertrag klar zutage. Dazu kommt aber noch, daß die Vertreter der jetzigen Regierung erklärten, daß eine vollständige Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse Rußlands beabsichtigen und daß sie sich deshalb durch einen Handelsvertrag nicht binden könnten. Ihre Mittelung geht dahin, daß sie nicht wünschen, daß eine fremde Regierung auf Grund eines Vertrages in diese Neuordnung der Verhältnisse einreißt. Die deutschen Delegierten werden ihr Bestes tun. Wie der Erfolg sein wird, steht dahin, aber auf jeden Fall erklären die russischen Delegierten ihre Bereitwilligkeit, alsbald in die Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag einzutreten, der den neuen und veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen hätte. — Nach dieser Frage kam die Frage der Meistbegünstigung zur Erörterung. Es wurde geltend gemacht, daß es doch im Friedensverhältnis unmöglich sei, daß ein Staat dem andern eine schlechtere Behandlung zuteil werden lasse, als einem

### Ämtliche Bekanntmachungen.

Erlassen der Maul- und Klauenseuche in Ueberberg.

Die Maul- und Klauenseuche in Ueberberg ist erloschen. Sämtliche ergangenen Anordnungen werden hiermit aufgehoben. Der Oberamtsbezirk Nagold ist wieder seuchenfrei.

Nagold, den 4. Januar 1918.

R. Oberamt: Kommerell.

### Schweinefett.

Gemäß Ziffer 5 der oberamtlichen Anordnungen vom 13. April 1917, betreffend Schweinefettverbrauchsregelung, Calwer Tagblatt Nr. 86, wird für den Monat Januar 1918 die abzugebende Fettmenge für jeden Verzehrungsberechtigten auf 50 Gramm, für Kinder bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem sie das 3. Lebensjahr vollenden, auf die Hälfte festgesetzt.

Der Einlösungswert der ganzen Schweinefett-

marke H für den Monat Januar beträgt somit 50 Gramm und derjenige einer halben Fettmarke 25 Gr. Auch Feintalg darf nur gegen diese Marken abgegeben werden.

Das von Hauschlachtungen bei der Bezirksammelfstelle — Metzgermeister Widmaier, Calw — eingegangene Fett ist bis jetzt von der Fleischverorgungsstelle noch nicht freigegeben worden.

Calw, den 3. Januar 1918.

R. Oberamt: Binder.

### Kartoffelpreis.

Das R. Ministerium des Innern hat bestimmt daß bei der Lieferung von Speisekartoffeln an die Kommunalverbände nach dem 15. Dezember 1917 eine Verwahrungsgebühr von 50 % für den Zentner verlangt und bezahlt werden darf zu Gunsten desjenigen, der die Kartoffeln seit der Ernte in Verwahrung genommen hat.

In den Kleinverkaufspreisen, Calwer Tagblatt

von 1917 Nr. 244, tritt dadurch zunächst eine Aenderung nicht ein.

Calw, den 5. Januar 1918.

R. Oberamt: Binder.

### Kriegs-Sparlampen.

Die Zentralfstelle für Petroleumverteilung Berlin hat dem Bezirk 500 St. Petroleum-Kriegs-Sparlampen zur Verteilung an die bedürftigsten Verbraucher überwiesen.

Die Sparlampe besteht aus einer Glasröhre mit tulpenförmigem Ansatz nebst Docht und kann auf jede mit Petroleum gefüllte Medizinflasche oder sonstige kleine Flasche aufgesetzt werden.

Der Petroleumverbrauch ist ein außerordentlich geringer. Der Preis ist 15 % für das Stück.

Bis 15. d. Mts. wollen die Schultheißenämter die gewünschte Anzahl hierher anzeigen.

Calw, den 5. Januar 1918.

R. Oberamt: Binder.

drüthen Land. Die russischen Delegierten haben diesen Standpunkt bereitwillig anerkannt und sich grundsätzlich zu ihm bekannt. Gewisse Schwierigkeiten müssen auch da erörtert werden. Der Grundsatz der allgemeinen Weisbegünstigung läßt sich natürlich nicht so unbedingt verwirklichen. Ueberall sind gewisse Ausnahmen in den Verträgen vorbehalten worden. — Dann kommt die große Frage, wie es gehalten werden soll mit denjenigen Gebieten, die aus dem Russischen Reich sich absondern, zum Teil selbständig werden, zum Teil in einem engeren oder loseren Verband mit der ganzen Masse des Russischen Reiches verbleiben. Umgekehrt ist von deutscher Seite auch ein Novum eingetreten. Wir haben angetraut, daß uns die besondere Regelung unseres Verhältnisses zu Oesterreich und zu anderen Ländern vorbehalten bleiben muß, die mit uns einen Zollbund schließen würden. Aber im großen und ganzen haben sich die russischen Delegierten bereit erklärt, die besonderen Beziehungen zwischen dem deutschen Volk und Oesterreich-Ungarn anzuerkennen. Was die Frage der Fortdauer der Weisbegünstigung anlangt, so ist da auch noch keine definitive Verständigung erzielt. Die nachfolgenden Erörterungen waren vertraulich. — Nächste Sitzung morgen vormittag.

Eine ungarische Stimme zu Lord George's Rede.

(WB) Budapest, 8. Jan. Dem „P. Lloyd“ wird aus Wien gemeldet: Die Friedensbedingungen, wie sie Lord George entwickelt, werden in hiesigen diplomatischen Kreisen als völlig unannehmbar bezeichnet. Sie bieten nicht einmal im entferntesten auch nur eine Grundlage für eine Erörterung über den Frieden. Lord George bietet den Mittelmächten einen Frieden, wie ihn nur der Sieger dem völlig Besiegten bieten kann. Die Rede gibt zum mindesten für England, wahrscheinlich aber auch für die ganze Entente, die amtliche Antwort auf die russische Aufforderung, sich den gegenwärtigen Friedensverhandlungen anzuschließen. Lord Georges Gesinnung widerspricht Punkt für Punkt der Grundlage, die in West-Browl von dem Vierbund und von Rußland für den allgemeinen Frieden aufgestellt worden ist. Die zehntägige Frist für die Entente ist, wie der Vierbund festgestellt hat, ergebnislos verstrichen. Die Rede des englischen Premiers schafft eine völlig klare Situation. Der allgemeine Frieden ist — und zwar durch die alleinige Schuld der Entente — in diesem Augenblick nicht erreichbar.

Russische Gegenmaßnahmen gegen die Entente.

(WB) Petersburg, 7. Jan. (Reuter.) Trojky hat die Abhebung aller in russischen Banken niedergelegten Gelder der fremden diplomatischen Vertretungen verboten, da die Abhebung der Gelder der alten Regierung, die in ausländischen Banken untergebracht sind, den Volkskommissaren vorenthalten wurden.

## Die Lage auf den Kriegsschauplätzen.

Zur militärischen Lage.

(WB) Berlin, 7. Jan. Nach Eintritt des Tauwetters haben an zahlreichen Abschnitten der Westfront lebhafteste Artilleriekämpfe eingesetzt, die teilweise bis zum späten Abend und die Nacht über in unverminderter Stärke anhielten. Auch die Fliegertätigkeit blieb fast überall trotz des schlechten Wetters rege. Zahlreiche feindliche Erkundungsabteilungen mußten, ohne ihren Auftrag erfüllen zu können, in unserem Feuer zurückbleiben und haben schwere Verluste erlitten. Auch in Mazedonien lebte im Cernabogen, im Merglengebiet und zwischen Wardar und Doiransee das feindliche Artilleriefeuer zeitweilig auf. Ein feindliches Flugzeug warf wieder einmal 25 Kilometer nördlich Monastir auf ein bulgarisches Feldlazarett bei Mugas, das durch die Genfer Flagge und ein großes, weithin sichtbares rotes Kreuz auf dem Erdboden deutlich gekennzeichnet war, Bomben ab. 10 Lazarettinsassen wurden durch die neue völkerrechtswidrige Handlung unserer Feinde getötet oder verwundet.

Die gestrige Abendmeldung.

(WB) Berlin, 7. Dez. Abends. Ämtlich. Die erhöhte Feuertätigkeit im Stellungsbogen nordöstlich

von Ypern dauert an. Von den andern Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Neue Fliegerangriffe auf badische und bayerische Städte.

(WB) Karlsruhe, 6. Jan. In den frühen Morgenstunden bewarfen heute feindliche Flieger wiederum Mannheim, Ludwigshafen, Offenburg und Freiburg mit einigen Bomben. Der angerichtete Sachschaden ist gering. Eine Person getötet, drei verletzt.

Neue Unterseebootserfolge.

(WB) Berlin, 5. Jan. (Ämtlich.) Kühnes Draufgehen unserer U-Boote bei starker feindlicher Gegenwehr hat den Feinden wiederum den Verlust von 22000 Br.-T.-Tonnen eingetragen. Drei große Dampfer stießen den Torpedos im Vermellanal zum Opfer. Eines der Schiffe war ein tiefbeladener, ostwärts steuernder großer Tausendtöner. Er sank binnen 40 Sekunden. Von den übrigen Schiffen konnte eines als der bewaffnete englische Dampfer „Solway“ (3146 To.) festgestellt werden. Das Schiff war mit wertvoller Munition und Phosphorladung nach England bestimmt. Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

(WB) Berlin, 5. Jan. Die Versenkung jedes einzelnen Erzdampfers bedeutet eine kräftige Störung der englischen Kriegsindustrie, denn aus Erz werden Eisen, Stahl und in weiterer Verarbeitung Waffen, Munition, Maschinen, Schiffe gefertigt. Nur etwa die Hälfte des in Großbritannien erblasenen Eisens wird aus englischen Erzen gewonnen. Der andere Teil (45 Prozent) entflammt ausländischen über See exportierten Erzen. Je mehr Erzdampfer also unsere Unterseeboote versenken, umso weniger können unsere Feinde schießen, umso mehr werden unsere Fronten, wie Ludendorff sagte, entlastet. Mit wie ersten Schwereigkeiten die englische Stahlherzeugung zu kämpfen hat, schilderte noch am 4. Oktober das englische Fachblatt „Fairplay“ mit den Worten: „Es gibt in ganz England keinen Schiffsbauer, der nicht Mangel leidet an Stahl und Arbeitern.“ Und Archibald Wood schreibt im „Daily Telegraph“ am 10. Dezember: „Wir stehen einer ersten Lage gegenüber. Die Nation läßt sich keinen Sand in die Augen streuen. Der Tag der Abrechnung kommt. Es fehlt selbst heute noch an Baumaterial.“

(WB) Berlin, 8. Jan. (Ämtlich.) Neue Unterseebootserfolge im Sverregebiet im England: 20000 Br.-T.-Tonnen. Von den Schiffen wurde der größte Teil an der Westküste Frankreichs, der Rest im Sverregebiet im England versenkt. Zwei große, schwerbeladene Dampfer wurden in geschicktem Angriff aus demselben Geleitzug herausgeschossen. Unter den übrigen Schiffen konnte der englische Dampfer „Manana“ (6777 To.) festgestellt werden, der vollbeladen nach England bestimmt war.

Der Chef des Admiralsstabs der Marine.

Es ist den Unterseebooten bei feindlicher Gegenwehr nicht immer möglich, nach erfolgtem Angriff Namen, Bestimmung und Ladung des getroffenen Schiffes festzustellen. Diese Unmöglichkeit tritt natürlich sehr oft beim Herausziehen von Schiffen aus Geleitzügen ein. Darauf kommt es auch gar nicht an, Hauptzweck ist zunächst die Verlenkung von möglichst viel Schiffsräumen. Lord George hat selbst gesagt: „Schiffe bedeuten Kanonen, Schiffe bedeuten Brot Schiffe sind der Sieg!“ Und in diesem Sinne haben die seit dem 1. Februar bis 30. November d. J. durch Unterseeboote versenkten 8256000 Bruttoregistertonnen so hervorragende Wirkung gezeitigt, daß laut „Daily News“ vom 4. Dezbr. 1917 der englische Lebensmittelkontrolleur Sir A. Papp in einer Rede vor den Mitgliedern der Getreidebehörde bekennen mußte: „Ich habe die Zahlen der Unterseebootserfolge gelesen und bin davon entsetzt gewesen.“ Inzwischen ordnete die englische Regierung an, daß jedes nach England bestimmte Schiff, welches Art auch seine Ladung sein möge, jeden verfügbaren Raum, selbst die unbenutzten Passagierkabinen, mit Lebensmitteln auszufüllen habe.

Die Verluste der schwedischen Handelsflotte.

(WB) Stockholm, 7. Jan. Das Schiffsregister des schwedischen Commerce Collegium hat die schwedische Handelsflotte im Jahre 1917 insgesamt 87 Schiffe, nämlich 45 Dampfer, 7 Motorfahrzeuge und 35 Segelschiffe ver-

loren. Davon sind 80 einem Unglück zum Opfer gefallen oder durch Kriegsmahnahmen zerstört worden.

Die Verluste der norwegischen Handelsflotte.

(WB) Kopenhagen, 7. Jan. „A. Tidende“ meldet aus Christiania: Das Handelsministerium teilt mit, daß die norwegische Handelsflotte im Jahre 1917 durch Versenkungen oder Minenexplosionen 434 Schiffe mit insgesamt 627000 Tonnen verloren hat.

## Von unsern Feinden.

Amerikanische Gehmittel.

(WB) Berlin, 7. Jan. Eine Meldung des amerikanischen Hauptquartiers aus Frankreich, die Reuter weitergibt, will von vollständig vertrauenswürdiger Seite erfahren haben, die Deutschen beabsichtigen die amerikanischen Gefangenen systematisch schlechter zu behandeln als die britischen, französischen und italienischen Gefangenen. Sie stützt sich auf eine angeblich offizielle deutsche Erklärung, daß die Amerikaner schwer von Begriff und nicht imstande seien, sich anständig und gefittet aufzuführen. Eine solche offizielle Erklärung ist nie erlassen worden. Die amerikanischen Gefangenen werden genau so schonend und rücksichtsvoll behandelt wie alle anderen Gefangenen. Die vollständig vertrauenswürdige Seite, auf die das amerikanische Hauptquartier sich beruft, dürfte bei jenen Kriegsherrn zu suchen sein, die die gleichgültigen amerikanischen Volkskreise mit allen Mitteln zu widem Deutschenghaß aufzustacheln suchen.

Verbung rumänischer Soldaten für die amerikanische Armee.

(WB) Berlin, 7. Jan. An der Ostfront wird folgender, wahrscheinlich von der rumänischen Regierung herrührender Funkspruch verbreitet: An alle Offiziere und Soldaten, die in die amerikanische Armee austreten wünschen, haben sich an die amerikanische Militärmission in Jassy zu wenden. Die erste Bedingung ist strenge Disziplin und unbedingter Gehorsam. Für die Soldaten ist eine Empfehlung ihrer Offiziere notwendig. Den Vorzug haben diejenigen, die bereit sind, dauernd im Dienst zu bleiben.

Die Nachschafften an der rumänischen Front.

(WB) Petersburg, 7. Jan. Die in Odessa eröffnete Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte der rumänischen Front nahm folgende Entschlieung an: Die Versammlung der Vertreter der gesamten rumänischen Front erkennt das Hauptquartier Tscherbatschew nicht an und stellt fest, daß die ukrainischen Kommissare, die die Gewalt in den Händen haben, von Rumänien unterstützt werden, das den russischen revolutionären Truppen feindlich gesinnt ist. Die Versammlung erblickt in einer solchen Lage eine Gefahr für die Revolution und beschließt allen Heeresauschüssen bis zur Ergreifung anderer Maßnahmen die Gewalt zu übernehmen und die rumänische Front von den Gegenrevolutionären zu säubern, die die revolutionäre rumänische Front verderben. Zum Protest gegen diese Entschlieung sind 80 Ukrainer abgereist, die zur Rada galten. 220 Ukrainer sind Bolschewisten oder Revolutäre der Linken. Die Entschlieung wurde mit 800 gegen 240 Stimmen angenommen. Die Armeen an der rumänischen Front sind mit ihren Arbeitsauschüssen vollkommen auf Seiten der Sowjets.

## Bermischte Nachrichten.

Vergeltung gegen Frankreich.

(WB) Straßburg, 7. Jan. Ämtlich wird mitgeteilt: Laut Mitteilung des Generalquartiermeisters werden als Vergeltungsmaßregel gegen die völkerrechtswidrige Verschleppung von Elsass-Lothringern in Frankreich am 6. Januar 1918 600 angefehene Franzosen nach Rußland und in einigen Tagen 400 angefehene Französinen nach dem Lager Holzmin den abgeführt.

### Unglaublich.

Freiburg, 3. Jan. Durch die Aufmerksamkeit und Mithilfe des reisenden Publikums ist es wiederum gelungen, am 31. Dezember 1917 in Jüngen kurz vor Freiburg und Donaueschingen 3 als Frauenspersonen verkleidete entwichene französische Kriegsgefangene in Begleitung von deutschen Mädchen, die mit ihnen Verkehr gepflogen und ihnen Beihilfe zur Flucht geleistet hatten, festzunehmen. Die Gefangenen hatten die betreffenden Mädchen durch die Vorpiegelung, sie später in Frankreich heiraten zu wollen, für eine Beihilfe zur Flucht zu gewinnen gewußt. Es ist die Pflicht jedes Deutschen, die öffentlichen Sicherheitsorgane durch Beobachtung von verdächtigen Mitreisenden bei Eisenbahnfahrten zu unterstützen und dem Zugpersonal, den Bahnhofswachen oder Bahnhofskommandanturen die gemachten Wahrnehmungen sofort mitzuteilen, damit eine Festnahme rechtzeitig erfolgen kann.

### Die größte Frau der Welt gestorben.

Wie bayerische Blätter melden, ist in ihrer Heimat Minna die Meisn von Tirol, Maria Jassenauer, genannt das Rindner Moisl, 38 Jahre alt, gestorben. Sie ist bis zu ihrem dritten Lebensjahr normal geblieben, wuchs aber von da ab so schnell, daß sie mit 17 Jahren schon 2.10 Meter, mit 22 Jahren 2.35 Meter groß war. Sie ließ sich auf sämtlichen größeren Jahrmärkten sehen und verdiente so ein schönes Geld.

### Landesversammlung der Württembergischen Volkspartei.

(S. 2.) Stuttgart, 7. Jan. Zum erstenmal seit vier Jahren trat gestern die Volkspartei am gewohnten Tag zu ihrer Landesversammlung, die zahlreich, auch von Abgeordneten besucht war, zusammen. In seiner Begrüßungsansprache stattete Abgeordneter Geh. Hofrat Brudmann den Truppen im Felde und dem Heimatvolk für ihre Leistungen den Dank ab und gab seiner Freude Ausdruck, daß jetzt durch die Kriegsergebnisse für die demokratischen Forderungen die Bahn frei werde; nicht parteipolitischer Ehrgeiz treibe die Partei weiter auf der beschrittenen Bahn, sondern nur glühende Vaterlandsliebe, die davon überzeugt sei, daß nur ein freies Volk in der Zeit nach dem Kriege sich voll und ganz bewähren könne. In einem einstimmig angenommenen Antrag beschloß die Landesversammlung, die Fraktion der Volkspartei zu ersuchen, im Reichstag auf rechtzeitige Verabschiedung einer Gesetzesvorlage hinzuwirken, dahingehend, daß die Bestimmungen über die Demobilisierung, insbesondere über die Vorschriften des § 20 der deutschen Heeresordnung dahin ergänzt werden, daß die Entlassung unserer Truppen nicht nach der militärischen Einordnung, sondern grundsätzlich unter Berücksichtigung des Lebensalters und familiärer Gründe erfolge. — In seinem Vortrag über die politische Geschichte des vergangenen Jahres wies Reichs- und Landtagsabgeordneter Hausmann zunächst auf die deutsche Einheit hin, die in diesem Krieg die Probe glänzend bestanden habe. Das deutsche Volk, das entschlossen gegen den äußeren Feind steht, bedürfe keiner lärmenden Scharfmacher. Rückschlüsse bei den Verhandlungen mit Rußland seien in den Kauf zu nehmen. Die Reichstagsmehrheit habe im vergangenen Jahre gezeigt, daß sie wisse, was sie wolle. Sie sei in die Verhandlungen mit Klarheit, Entschiedenheit und kluger Selbstbeschränkung dessen, was ihre Aufgabe sei, eingetreten. Der das Vaterland rettende große Verteidigungskrieg müsse durch einen guten Frieden gekrönt werden. Die Ansicht, daß auch der Gegner im Westen bald zu der Einsicht des Gegners im Osten kommen werde, sei skeptisch aufzufassen. Kein europäischer Staat sei weniger von einer Revolution bedroht als Deutschland, weil die Mittelmächte den Mut zu einer offenen Friedensoffensive gehabt hätten. Nach dem russischen Zusammenbruch sei das Vorgehen Amerikas noch mehr ein Abenteuer, als es schon vorher gewesen sei. Die Frage der Schuld an der Fortsetzung des Krieges liege ausschließlich bei Lloyd George und Wilson, die auch an dem Blut, das im vergangenen Jahre geflossen sei, schuld seien. Der kaiserliche Friedensaufruf vom Dezember 1916 sei absolut richtig gewesen, weil der damalige Kanzler Bethmann Hollweg erkannt habe, daß die Hegemonie Europas an Amerika übergehe. Nur eine Vereinigung von militärischer Strategie und richtiger Politik könne das Ende des Krieges bringen. Die sogenannten Demokratien unserer Gegner schlichen die allergrößte Unfreiheit in sich. Der Militärstaatsanwalt sei in Frankreich an die Stelle der bürgerlichen Freiheit und der parlamentarischen Immunität getreten. Die Reichstagsauflösung vom Juli 1917 werde vor der Geschichte, dem Volk und der Partei bestehen können und sei heute noch in Kraft. Von dem Uebergewicht unserer Siege dürften wir in Brest-Litowsk keinen allzu großen diktatorischen Gebrauch machen; die Verhandlungen dürften nicht von Brest-Litowsk wegverlegt werden. Die Befrei-

ung der Balken sei eines der Ziele dieses Krieges. Die staatliche Selbständigkeit Belgiens und der nordfranzösischen Provinzen ergebe sich als Konsequenz des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Zurückgabe der deutschen Kolonien und die Umverteilung der Türkei gehöre in das Programm der deutschen Politik, dazu ein neues Völkerecht, das eine Gesellschaft der Nationen schaffe, dessen Bestandteil in einer schiedsrichterlichen Entscheidung bestehe mit proportionaler Abrüstung. Auf dieser Basis werde Deutschland bereit sein in Brest-Litowsk zu einem Friedensabluß zu gelangen. Je begehlicher das Ziel, um so gefährlicher das Spiel — können sich die Chauvinisten aller Länder gefast sein lassen. In der inneren Politik des vergangenen Jahres verdiene die Haltung der Reichsregierung und der Krone den Dank des Volkes, an dem auch die Oberste Heeresleitung teil habe. Er freue sich, mitteilen zu können, daß Herr von Pauer in voller geistiger und körperlicher Frische bald sein neues Amt als Vizelanzler übernehmen könne. (Beifall.) Es müsse dem Staat Volksgeist und dem Volke Staatsgeist zugeführt werden. Nichts könne der Einigkeit Deutschlands mehr nützen, als wenn sich in sämtlichen Kreisen dieser Geist ausbreiten würde, der Geist voll Freiheit, Wohlfahrt und Bildung, das sei menschlich, christlich und demokratisch (stürm. Beifall). In einem darauf angenommenen Antrag sprach die Landesversammlung der Reichsregierung das Vertrauen aus, daß der das Vaterland rettende Verteidigungskrieg durch einen guten Frieden gekrönt werde, billigte die Haltung der Reichstagsfraktion und sprach ihr den Dank für ihre Arbeiten aus. Sie begrüßte den Eintritt ihres langjährigen hochverdienten Führers von Pauer in die Reichsregierung und in das verantwortungsvolle Amt des stellvert. Reichslanzlers. In seinem Vortrag über die Kriegswirtschaft kam Reichs- und Landtagsabgeordneter Liesching auch auf die Kohlenversorgung zu sprechen, in der schwere Fehler gemacht worden seien. Frühjahr und Sommer hätten dazu benutzt werden sollen, wenigstens die Hausbrandversorgung sicher zu stellen. Als anfangs August der neue leitende Reichskohlenkommissar eingegriffen habe, da sei es leider schon zu spät gewesen. Die jetzige Kohlennot aber sei vor allem durch die Versorgungsnot entstanden; der Kohlenkommissar hoffe jedoch, daß im Januar bessere Versorgungsverhältnisse eintreten. Das Schreibgeschäft blühe zurzeit stärker denn je. Es sei kein Zweifel, daß die Berliner Zentralisation des Wirtschaftslebens von Uebel sei. Der Anteil der württembergischen Industrie an den Heereslieferungen sei verhältnismäßig gut. Es sei leider zuzugeben, daß sich Deutschland nach dem Kriege im Zustande eines ausverkauften Warenhauses befinde. Das deutsche Volk lehne sich nach der Freiheit im Wirtschaftsleben. Es habe keine Freude an der Zentralisation und der staatlichen Bewirtschaftung. Auch diesem Redner wurde großer Beifall zuteil. Zum Schluß sprach Dr. Heuß über das Staatsrecht im Kriege.

### Aus Stadt und Land.

Calw, den 8. Januar 1918.

### Einschränkung des Personenverkehrs.

Von der R. Generaldirektion der Staatseisenbahnen wird uns mitgeteilt: Mit Rücksicht auf die bestehenden Betriebschwierigkeiten wird der Personenfahrplan auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen gegen Mitte d. Mts. bis auf weiteres wesentlich eingeschränkt werden. Die Maßnahme wird sich auf alle Arten von Zügen erstrecken, doch ist den Bedürfnissen des regelmäßigen Arbeiter- und sonstigen Berufsverkehrs nach Möglichkeit Rechnung getragen. Eine besondere Einschränkung wird der Sonntagsverkehr zu erleiden haben. Dies gilt auch für die Privatbahnen, namentlich soweit sie ihre Zugkraft aus Kohle gewinnen. Die Änderungen werden nächster Tage bekannt gegeben werden.

### Mitnahme von Ausweispapieren auf Reisen jeder Art.

G. A. G. Es muß immer wieder daran erinnert werden, daß es für jedermann — also auch für weibliche Reisende — dringend rätlich ist, bei allen Eisenbahnreisen stets Ausweispapiere mit sich zu führen. Wenn es auch häufig einem Reisenden gelingen mag, sich durch Mitreisende über seine Persönlichkeit einwandfrei auszuweisen, so können doch andererseits bei Abwesenheit bekannter Personen peinliche Verlegenheiten und erhebliche Nachteile durch zwangswise Fahrtunterbrechung (zwecks Feststellung der Personalkennzeichen) entstehen. Die genaue Zugskontrolle ist in gegenwärtiger Kriegszeit gegenüber dem weltverbreiteten und raffinierten Randschafferdienst unserer Feinde: unerlässlich. Es veräume daher niemand auf Reisen entweder eigentliche Ausweispapiere, und zwar wenn möglich einen einwandfreien, polizeilichen Ausweis, Lichtbild oder einen Paß, Postkarte, Postausweis, Geburtsurkunde und dergleichen mitzunehmen. Militärpflichtigen Personen ist zu raten, stets ihre Militärpapiere bei sich zu führen.

### Nochmals die Reisebrotmarken.

Die Reichsgetreidestelle hatte ursprünglich die Absicht, die jetzigen Reisebrotmarken auf den 1. Januar für ungültig zu erklären. Dieser Termin konnte aber nicht eingehalten werden, weil man sich über ein neues Muster, das Nachahmungen erschwert, noch nicht einig geworden war. Es besteht jetzt die Absicht, die neuen Reisebrotmarken mit dem 1. Februar herauszugeben; die Gemeinden werden zeitig genug entsprechende Bekanntmachungen erlassen.

### Vorkünftig keine Bierbeschränkung.

Die in Gastwirtskreisen verbreitete Meinung, daß der Beginn des neuen Jahres eine Bierbeschränkung bringen werde, bestätigt sich, wie die „M. N.“ von zuständiger Seite erfahren, nicht. Vorkünftig wenigstens ist keine Einschränkung beabsichtigt, vor allem wohl deshalb, weil sich der Verbrauch des Bieres durch die Kälte und durch die „Güte“ des Kriegstranks von selbst regelt. Doch sei mit Rücksicht auf das geringe Braucontingent eine neue Verbrauchsregelung in absehbarer Zeit zu erwarten.

### Die Württ. Weingärtnergesellschaft.

Die Zahl der Württ. Weingärtnergesellschaften hat sich im Jahre 1917 durch den Zutritt der neugegründeten Gesellschaft in Schnaidt auf 17 erhöht. Das Gesamtsergeignis der Gesellschaften betrug wie Weinbauinspektor Mährlein im „Weinbau“ veröffentlicht, 13 490 Hektoliter gegen 4035 Hektol. im Jahre 1916 und 8509 Hektol. im Jahre 1915. Der Gesamtgehalt des von den Gesellschaften erzeugten und zum Verkauf gebrachten bzw. eingelagerten Weines berechnet sich auf rund 44 Millionen Mark, der Durchschnittspreis auf 326 Mark. In diesen hier erreichten Zahlen spiegelt sich der Segen des 1917er Weinherbstes deutlich wieder.

Für die Schriftl. verantwortl. Otto Seltsmann, Calw. Druck u. Verlaag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

### Landw. Bezirksverein Calw.

Zur Jahreswende richtete u. a. die Deutsche Landw. Gesellschaft folgenden

### Aufruf an die deutschen Landwirte!

Noch immer währt der Krieg. Das deutsche Volk steht in seiner schicksalsschweren Stunde. Im Osten ist der Feind bezwungen. Da gilt es noch einmal, alle Kraft draußen und drinnen zusammenzufassen, um auch im Westen den noch schlimmeren Feind völlig niederzurufen. Von diesem eisernen Willen sind unser Heer und unsere Marine durchdrungen. Alle Männer, die draußen für die Heimat auf der Wacht stehen, werden bis zum letzten Atemzuge alles dransetzen, um uns den endgültigen Sieg zu verschaffen. Zu dieser gewaltigen letzten Kraftanstrengung ist aber nicht nur das Durchhalten draußen notwendig, ist nicht nur die Nervenkraft unserer kämpfenden Helden erforderlich, ist nicht nur die restlose Herstellung von Munition und Granaten und Waffen unentbehrlich, sondern ebenso das Durchhalten auch im Innern. Die fortgesetzte Hervorbringung von Lebensmitteln und ihre restlose Ablieferung an alle bedürftigen Volkskreise draußen und drinnen sind zum endgültigen Siege, zur Gewinnung eines ehrenvollen Friedens, der unserem Volke die Zukunft sichert, die dringendsten Aufgaben der Heimat und insbesondere unserer Landwirte. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein unseres Volkes. Wohl wissen wir alle, in wie mühseliger und harter Arbeit die Landwirte und vor allem ihre Frauen, Töchter und die noch nicht erwachsenen Söhne jetzt im Kriege der Scholle die Lebensmittel abringen müssen. Es ist für alle Zeiten und für die kommenden Geschlechter in die Tafeln der Geschichte eingegraben, welche großen vaterländischen Verdienste sich die Landwirtschaft in diesem blutigen Weltkriege erworben. Ohne sie wäre das Vaterland längst verloren. Aber es gilt jetzt, das Letzte herzugeben, was der Landwirt irgendwie entbehren kann, um den letzten entscheidenden Schlag mit allem Nachdruck und ohne Erschöpfung durchzuführen, müssen die Menschen und Tiere ungeschwächt in den Endkampf treten können. Wir richten deshalb an alle deutschen Landwirte die herzlichste Bitte, das Vaterland nicht im Stiche zu lassen. Jeder Zentner Hafer, jeder Zentner Brotkorn, jedes Pfund Butter, jedes Pfund Fett, jeder Liter Milch, die der Landwirt mehr als bisher abgibt, helfen zum Siege. Darum erwäge jeder Landwirt noch einmal, was er von seinen Vorräten abgeben könnte, nicht im Wege des Schleichhandels, der nur den Reichen zugute kommt, während die arme Bevölkerung darben muß, sondern an die öffentlichen Verteilungsstellen. Doppelt gibt, wer schnell gibt! Jeder Landwirt möge seine Nachbarn aufklären und sie bewegen, gleichfalls ihr Scherflein zum Endsiege über unsere Feinde beizutragen.

Den 5. Januar 1918.

Der Vereinsvorstand: Reg.-Rat Binder.

Das Calwer Tagblatt kann jederzeit bestellt werden!

## Bekanntmachung

des  
**fiellv. Generalkommandos XIII. (K. W.) Armeekorps.**

Durch die Bekanntmachung Nr. Pa 1600/11. 17. K.P.A. vom 5. Januar 1918 ist die Beschlagnahme aller Mengen von Papier zur Herstellung geklebter Papierfäcke (Sackpapier) angeordnet. Die Beschlagnahme umfasst Veräußerungs- und Verarbeitungsverbot. Vom 20. Januar 1918 ab darf die Veräußerung und Lieferung von Sackpapier nur gegen einen Bezugsschein der Reichsdruckerei Berlin, erfolgen. Die Verarbeitung von beschlagnahmtem Sackpapier zur Herstellung geklebter Papierfäcke von mehr als 3000 qcm Sackflächeneinhalt bleibt zulässig.

Der genaue Wortlaut der Bekanntmachung ist im Staatsanzeiger vom 5. 1. 1918 einzusehen.

Stuttgart, den 5. Januar 1918.

Stadtschultheißenamt Calw.

### Butter-Verkauf.

Die auf Buttermarke Nr. 1 bestellte Butter kann gegen Abgabe der Bezugsmarke von heute ab gekauft werden. Auf eine Buttermarke entfallen 62<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Gramm.

Calw, den 8. Januar 1918.

Stadtschultheißenamt: A. V.: Dreih.

Stadtschultheißenamt Calw.

Bestellt können werden auf Lebensmittelmarken

### Nr. 11 A Kunsthonig, Nr. 12 A Käse.

Die Kleinhändler haben die Bestellmarken am Freitag, den 11. ds., vorm. 8-12 Uhr abzuliefern.

Calw, den 7. Januar 1918.

Stadtschultheißenamt: A. V.: Dreih.

Wenn Kohlenmangel ist unser

**Geschäft vorerst nur Montag, Mittwoch  
 und Samstag geöffnet.**

**Geschwister Schlotterbeck,  
 Sella- und Bürsten-Spezialgeschäft.**

**Möblierte Zimmer  
 sucht zu mieten  
 Spöhrer'sche Höhere Handelsschule.**

Alzenberg.

Sehe eine gute

Schaff- u. Milch-



**Ruh**

dem Verkauf aus

Joannes Calmbach.

Oberkollwangen.

Eine mit dem 3 Kalb 36 Wochen trächtige gute



Schaff-  
**Ruh**

verkauft

Friedrich Reger.

**Hunderte  
 von Zuschriften**

zeigen uns, mit welcher  
 großem Interesse unsere  
 Feldgrauen das Calwer  
 Tagblatt lesen.

Liebelsberg.

Einen 19 Monate alte, trächtere

Zucht-



**Kalbel**  
 verkauft

Jakob Reppler.

Dählingen, Stat. Schafhausen.

Einen 12 Monate alten

Zucht-



**Farren**

Kotschek, hat zu verkaufen  
 Wilhelm Hensele, Landwirt.

Zav. Isleir.

Nächsten Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, kommt bei dem Stall  
 des verst. Peter Gall eine

Schaff- u. Milch-



**Ruh**

zum Verkauf.

7. Januar 1918.

Inventurbehörde.

## F. K.

Donnerstag, 10. Januar, nachmittags 1/3 Uhr im Kaffeehanse.

Am Sonntag, den 6. Januar  
 blieb abends auf dem Eisplatz ein

### Herrenüberzieher

hängen. Der ehrl. Finder, oder wer Näheres darüber weiß, wird gebeten, sich gegen Belohnung an die Geschäftsstelle ds. Bl. zu wenden.

Gewandtes, jüngeres

## Mädchen

findet

bauernde Beschäftigung  
 in der Druckerei ds. Bl.

Kräftiges

## Mädchen

ev. vom Lande, für Küche und Haushalt

sofort gesucht.

Bad Liebenzell,  
 Weiherstraße 50 I

## Mandoline

zu kaufen gesucht.

Angebote unter F. S. an die  
 Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Zu verkaufen:

2 schwere

## Arbeits- Pferde

Karl Gengenbach, Fuhr-  
 unternehmer Bad Liebenzell.

Reutlingen, Neuenbürg, Calw,  
 den 8. Januar 1918.

## Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten, insbesondere den ehemaligen Nachbarn, widmen wir die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Tante



**Mame Schmid,**

Witwe,

gestern Abend 7 Uhr nach kürzerer Krankheit im  
 Alter von 74 Jahren verstorben ist.

In tiefer Trauer:

die Tochter: Luise Widmaier, geb. Schmid;  
 deren Gatte: Karl Widmaier, Reallehrer;  
 die Enkelkinder: Elsa, Karl, Eugen u. Maria.

Die Beerdigung findet Donnerstag Nachmittag  
 in Reutlingen statt.

Maisenbach, den 4. Januar 1918.

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme  
 bei dem Tode unseres unvergeßlichen Vaters und  
 Großvaters



**Friedrich Dittus,**

für die reichen Kranzspenden und die  
 überaus zahlreiche Begleitung zu  
 seiner letzten Ruhestätte, besonders auch seitens  
 seiner alten Kameraden, sagen wir unseren innigsten  
 Dank. Insbesondere danken wir noch dem  
 Landwirtschaftlichen Consumverein Calw für den  
 rühmenden Nachruf und die Niederlegung eines  
 Lorbeerkränzes.

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Gämtliche Druckerarbeiten

Rechnungen  
 Briefbogen  
 Postkarten  
 Mitteilungen

Quittungen  
 Wechsel  
 Rundschreiben  
 Prospekte

erhalten Sie in tadelloser Ausführung von der

**U. Delschläger'schen Buchdruckerei, \*\* Calw**

Lederstraße Nr. 151

Fernsprecher Nr. 9.

Kostenvoranschläge stehen gerne unverbindlich zur Verfügung.